

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.06.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:05 Uhr bis 18:11 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzender	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Robert Bonan	SPD	vertrat Herrn Dr. Rüdiger Fikentscher
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Rene Müller	Protokollführer	
Frau Renee Fischer	stellvertr. Protokollführerin	
Herr Wolfgang Hans	Amtsleiter	
Frau Rita Lachky	Amtsleiterin	
Herr Dr. Ernst Müllers	Amtsleiter	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Amtsleiterin	
Herr Stefan Jaeger	Referent	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	wurde vertreten durch Herrn Robert Bonan
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und bittet um Mitteilung von Änderungswünschen.

**Frau Wildgrube, FDP-Fraktion**, bittet um Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.2, da der Antrag auch im Kulturausschuss vertagt wurde. **Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, teilt mit, dass dann auch der Tagesordnungspunkt 5.3 vertagt werden müsse. Er schlägt vor, diese Anträge maximal nur anzudiskutieren. **Herr Köck, Fraktion DIE LINKE**, fragte, ob denn der Ausschuss das Votum anderer Ausschüsse brauche. **Herr Stäglich** informierte, dass dies besser wäre. **Herr Paulsen** fragte die SPD-Fraktion als Antragsteller, ob diese damit einverstanden sei, den Tagesordnungspunkt 5.3 zu vertagen. Diese stimmte dem zu.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Paulsen** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:** mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.05.2012
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleininleiterabgabe - Kleininleiterabgabesatzung  
Vorlage: V/2012/10494
5. Anträge von Fraktionen
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungstätten  
Vorlage: V/2012/10373
- 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open

Vorlage: V/2012/10586

- 5.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen

Vorlage: V/2012/10596

- 5.4. Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2012/10600

6. schriftliche Anfragen von Stadträten

7. Mitteilungen

- 7.1. Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 10.05.2012**

---

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den TOP. Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 10.05.2012.

**Herr Paulsen** bat um Abstimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

### zu 4 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1 **Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe - Kleineinleiterabgabesatzung** **Vorlage: V/2012/10494**

---

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung. **Herr Johannemann, Ressortleiter Untere Behörden**, begründet das Einbringen der Vorlage.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte nach, wie man bei der Abgabe für die eingeleitete Schmutzwassermenge auf eine Höhe von 17,90 € komme. **Herr Johannemann** teilte mit, dass es sich hier um eine gesetzlich festgelegte Größe handelt, wobei jeder nicht an die Kanalisation angeschlossene Einwohner eine halbe Schadeinheit darstelle.

**Herr Dr. Rürup, SKE**, schlug vor, sich im § 4 Absatz 1 auf den § 9 Absatz 1 Wasserabgabengesetz zu beziehen. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Umweltamt**, sicherte zu, dies rechtlich zu prüfen und dies dann zu übernehmen.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE**, fragt nach, ob im § 1 vorletzte Zeile bei „...“, wälzt die Stadt auf die Direkteinleiter ab.“ nicht „Kleineinleiter“ stehen müsse. **Herr Johannemann** teilte den Unterschied zwischen einem Kleineinleiter und einen Direkteinleiter mit und begründet die Beibehaltung der Formulierung des Satzungsentwurfs.

**Herr Misch** fragte nach, ob durch die Regelung nicht diejenigen, die Regenwasser einleiten gegenüber denen, die Trinkwasser einleiten begünstigt werden. **Herr Johannemann** verneint dies und verwies auf die gesetzlichen Regelungen, wobei nach Einwohner bemessen werde.

Es gab keinen weiteren Wortmeldungen.

**Herr Paulsen** bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe – Kleineinleiterabgabesatzung (Anlage).

## **zu 5      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1      Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten Vorlage: V/2012/10373**

---

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller. Frau Wildgrube, FDP-Fraktion, teilte mit, dass zum Antrag schon alles gesagt wurde und bat um Abstimmung.

**Herr Paulsen** bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung einer Verkürzung oder Aufhebung der Sperrzeiten (außerhalb von Wohngebieten) nach § 3 der Verordnung über die Festsetzung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten.

**zu 5.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open**  
**Vorlage: V/2012/10586**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Der Antrag wurde vertagt, er wird in der Julisitzung des Ausschusses, nach der Behandlung im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, auf die Tagesordnung gesetzt.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.
2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.
3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.
4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.
5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.

**zu 5.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen**  
**Vorlage: V/2012/10596**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Der Antrag wurde vertagt, er wird in der Julisitzung des Ausschusses, nach der Behandlung im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, auf die Tagesordnung gesetzt.

### Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Juli-Sitzung des halleschen Stadtrates einen geeigneten Ort im Stadtgebiet vorzuschlagen, der zur dauerhaften Nutzung für Musik-Tanz-Veranstaltungen unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt werden kann.
2. Sofern ein solches Gelände gefunden wird, sind Bestimmungen zu erarbeiten, die die Nutzung des Geländes regeln. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Anpassung betroffener Satzungen und Ordnungen notwendig ist.
3. Das Verfahren zur Beantragung von Veranstaltungsgenehmigungen auf dem ausgewählten Gelände soll möglichst bürgerfreundlich gestaltet werden.

### **zu 5.4 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10600**

---

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, begründete die Antragstellung und teilte mit, dass er jeder Regelung begrüße, welche die Stadt sauberer mache. Jedoch habe dies nur einen Sinn, wenn die Verwaltung die Möglichkeit habe zu kontrollieren. Weiterhin möchte er wissen, was passiere, wenn ein Bürger ein geeignetes Behältnis nicht zeigen wolle. **Herr Dr. Müllers, Amtsleiter Ordnungsamt**, informierte, dass die Verwaltung die Möglichkeit der Kontrollen habe und auch schon jetzt Hundekontrollen durchführe. Bei Weigerung eines Bürgers zum Zeigen von geeigneten Behältnissen werden dessen Personalien aufgenommen. Sollte auch dies verweigert werden, dann gebe die Polizei Vollzugshilfe. Die Verwaltung begrüße den Antrag. **Herr Misch** konkretisierte seine Anfrage und fragte, ob die Struktur des Ordnungsamtes so gestaltet sei, dass kontrolliert werden könne. **Herr Dr. Müllers** teilte mit, dass eine zivile Streife vorhanden sei, welche gezielt auf vereinzelt Plätzen eingesetzt werde. Auch der Vollzugsdienst könne Kontrollen durchführen. **Herr Paulsen** weist darauf hin, dass eine solche Regelung nur wirkungsvoll sei, wenn ein hoher Kontrolldruck ausgeübt werde.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE**, bittet darum, nicht die Bürger nur abzustrafen, sondern ihnen zum Beispiel eine Tüte zu überreichen. Dies beschäme sie mehr. Des Weiteren wies er darauf hin, dass zusätzliche Mitarbeiter im Ordnungsamt benötigt werden. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, entgegnete, dass die Stadt sich schon so den Luxus leiste und an den Hundewiesen Hundetüten bereithalte. Diese seien für die Stadt sehr teuer und könnten durch die Bürger kostenfrei genommen werden. **Herr Misch** wies darauf hin, dass die Änderung der Gefahrenabwehrverordnung veröffentlicht und somit jeder Bürger informiert werde. Er sei der Meinung, dass die Regeln einzuhalten seien. Wer dagegen verstoße, müsse verwahrt werden.

**Herr Dr. Fuchs, SKE**, verwies auf andere Städte in Thüringen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. In Hildesheim beispielsweise würden Verstöße finanziell so wie Falschparken geahndet. **Herr Dr. Müllers** wies darauf hin, dass jedoch vor Ort eine Einzelfallentscheidung durchgeführt werde. Es werde geprüft, ob mündlich verwahrt werde oder ein Verwarngeld ausgesprochen werde. Die Mitarbeiter werden hoheitlich tätig. Daher sei kein Einsatz von freiwilligen Helfern möglich. Die Einstellung von neuem Personal wäre teuer. **Herr Dr. Köck** merkte an, dass, wenn man Einnahmen erhöhen wolle, auch mehr Personal benötigt werde.

**Frau Dr. Schöps, SKE**, regte an, dass man doch die Meinung des Herrn Dr. Köck nicht ganz so abwürgen solle und diese mit der Verwarnung verbinden könne. So könne man doch zum Beispiel dem Hundehalter ein Verwarngeld aussprechen und dazu eine Hundetüte

überreichen. Auch bei Rauchern, welche ihre Zigarette wegwerfen könne man neben dem Verwarngeld zum Beispiel einen Aschenbecher dazu geben.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, begrüßte den Antrag, da er der Meinung sei, dass sich die Hallenser über den Schmutz ärgern. Es gebe kaum ein Thema, worüber sich die Hallenser mehr aufregen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)

§ 11 Tiere

(2) Der Halter oder Führer eines Tieres hat dafür Sorge zu tragen, dass sein Tier öffentliche Straßen, Anlagen und Einrichtungen nicht durch Kot verschmutzt. Die Vorschriften des Abfall- und des Strafrechts bleiben unberührt. Lassen sich Verschmutzungen nicht vermeiden, sind diese umgehend zu beseitigen.

Der Absatz wird um folgenden Satz erweitert:

**Hierzu ist ein geeignetes Behältnis mitzuführen und auf Verlangen den Vollzugskräften vorzuweisen.**

§ 17 Ordnungswidrigkeiten wird um folgenden Eintrag ergänzt:

**entgegen § 11 Abs. 2 als Halter oder Führer kein geeignetes Hilfsmittel für Aufnahme und Transport von Tierkot mitführt oder dieses nicht auf Verlangen vorweist**

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

## **zu 7 Mitteilungen**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

### **zu 7.1 Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht**

---

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Herrn Sturm. **Herr Sturm, Leiter des Teams Verkehrsorganisation/ Nahverkehr**, informierte zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht und verwies auf die ausgeteilte Informationsvorlage, welche auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde.



## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, wies auf eine genehmigte Veranstaltung am 24.05.2012 auf dem Marktplatz hin, wobei zeitgleich das Fest vom Halleschen FC stattfand. Dadurch sei die Veranstaltung untergegangen. Er möchte deshalb wissen, warum die Stadt beide Veranstaltungen genehmigt habe, obgleich Probleme vorauszusehen waren. Hatte die Stadt alternative Szenarien in Erwägung gezogen und welche Konsequenzen werden bei zukünftigen ähnlichen Fällen gezogen? Die Verwaltung wird diese Frage schriftlich beantworten.

---

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, bittet um Überprüfung der Radverkehrsführung in der Straße der Republik/Ecke Läuferweg. Dort wurde aufgrund einer Baustelle der Radweg unterbrochen und eine Umleitung eingerichtet. **Herr Sturm, Teamleiter Verkehrsorganisation**, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE**, fragte nochmals zur Thematik „Waschanlage im Birkhahnweg der Deutschen Bahn“ nach. Zu dieser habe er schon in einer der vergangenen Sitzungen eine Frage gestellt gehabt. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, merkt an, dass dazu eine Antwort durch die Verwaltung gegeben wurde. Jedoch könne er sich nicht mehr im Detail daran erinnern. Es wurde vereinbart, dass der Fragesteller sich diese Antwort anschaut und dann ggf. eine konkrete Nachfrage stelle.

---

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE**, bittet um Mitteilung, ob die herabgestürzten Steine am Heinrich-Heine-Felsen schon entfernt wurden. Die Fläche dort war wohl nie abgesperrt worden. **Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Umweltamt**, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies auf ein Urteil zur Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) hin. Er möchte gern dazu etwas Genaueres wissen, insbesondere, wie die Stadt damit umgehe. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, teilte mit, dass es sich um Urteile vom Verwaltungsgericht Halle in insgesamt drei abfallrechtliche Verfahren handle, bei dem der Klageanlass jeweils ein anderer gewesen sei und das Urteil sich auf andere, nicht von den Klägern aufgeworfene Rechtsfragen bezogen habe. Die Stadt sei gegen diese Urteile in Berufung gegangen. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, ergänzte und teilte mit, dass bei der Ermittlung der Abfallgebühren an erster Stelle der Eingriff in die Natur oder Ressourcen berücksichtigt werde und dann erst die Linearität herangezogen werden müsse. Ein Erlass des Innenministers zum Kommunalabgabengesetz ermögliche eine degressive Stafflung bei Abfallgebühren.

---

**Herr Paulsen** fragte an, vor welchem Hintergrund die Taschenkontrollen bei der Veranstaltung „Vorstellung der OB-Kandidaten“ in der Ulrichkirche am 12.06.2012 erfolgten und ob diese durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes rechtens seien. **Herr Dr. Müllers, Amtsleiter Ordnungsamt**, teilte mit, dass dies nicht rechtswidrig sei. Rechtsgrundlage sei das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG). Die Entscheidung zur Durchführung der Taschenkontrollen wurde zusammen mit dem Kreiswahlleiter, Herrn Doege, getroffen, da hier eine gewisse Brisanz eingeschätzt wurde. Auch in der Vergangenheit habe das Ordnungsamt bei Veranstaltungen Taschenkontrollen durchgeführt.

---

**Herr Paulsen** wies auf einen Nachbarschaftsstreit in der Gneisenaustraße in Heide-Süd hin. Dort wurde ein Grundstück ca. einen Meter aufgeschüttet, wodurch Regenwasser auf die Nachbargrundstücke ablaufe. Er möchte wissen, ob die Nachbarn im Vorfeld diesbezüglich informiert wurden. **Herr Stäglin** sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Paulsen** möchte gern wissen, warum die Radwegebenutzungspflicht an einzelnen Stellen aufgehoben werden könne und an anderen Stellen dies nicht möglich sei. Denn die Anzahl der Kraftfahrzeuge sei offenbar nicht alleiniges Kriterium. **Herr Sturm** teilte mit, dass das Kriterium Spitzenstundenwerte, wie in der Informationsvorlage ersichtlich, zu berücksichtigen sei. Dabei werde speziell auf die Straßen mit einem Spitzenstundenwert unter 1000, wie in der ERA 2010 beschrieben, geachtet. Er sicherte Herrn Paulsen die Übersendung einer pdf-Datei zu, aus denen die Straßen ersichtlichen seien, welche von der Verkehrsplanung zugearbeitet wurden.

---

**Herr Paulsen** fragte bezüglich der Geschäftsordnung für die Baumschutzkommission nach der Dauer einer Wahlperiode sowie den Zeitpunkt der nächsten Wahl. Weiterhin möchte er wissen, ob die Verwaltung nach neuen Mitgliedern suche und Verbände vertreten seien. **Herr Stäglin** informierte, dass die Verwaltung weitere Aktive mit der entsprechenden notwendigen Fachkompetenz nicht abweise, Verbände wie zum Beispiel der B.U.N.D. und AHA seien bereits vertreten. **Frau Ruhl-Herpertz** teilte mit, dass die Verwaltung auch immer, wenn eine Neubesetzung der BSK anstehe, bei den Fraktionen werbe und für Transparenz immer zu haben sei. Wichtig ist aber allein die Fachkompetenz. Im Einzelnen würde sie jedoch auf die Fragen schriftlich antworten.

---

**Herr Paulsen** möchte gern wissen, ob der Stadt bekannt sei, das in der August-Bebel-Straße und am Riveufer die Napfschildlaus, welche die Bäume schwächen könne, in Massenbeständen vorhanden sei. **Herr Stäglin** berichtete, dass das Thema beim Grünflächenamt schon gelandet sei und hier eine entsprechende Verständigung zwischen Grünflächenamt und Umweltamt erfolgen werde. Er werde in der nächsten Sitzung darüber berichten, auch darüber ob und mit welchen Mitteln diese bekämpft werden können.

---

**Herr Dr. Diaby** fragte danach, warum in der Geiststraße nur eine teilweise Radwegebenutzungspflicht gäbe. **Herr Sturm** wies darauf hin, dass hier die Straßenbahn eine hohe Taktfolge habe. Dieser Kreuzungsbereich werde zurzeit von der Verwaltung überprüft.

---

**Frau Dr. Schöps, Fraktion MitBürger für Halle**, möchte zur Nummer 151 der ausgeteilten Baumfällliste wissen, warum die Bäume einem Spielplatz weichen müssen. Die Verwaltung teilte mit, dass eine Ersatzpflanzung um den Platz erfolge.

---

**Herr Dr. Fuchs, SKE**, möchte gern wissen, wie viele Bäume im Jahr durch die Verwaltung gepflanzt werden. **Herr Stäglin** wies auf eine Anfrage im Stadtrat hin, worauf die Verwaltung geantwortet habe. Dort sei eine Gesamtbilanz zu Baumpflanzungen ersichtlich. Diese wird Herrn Dr. Fuchs gesondert zur Verfügung gestellt.

Es gab keine weiteren Anfragen.

## zu 9      Anregungen

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, regte an, dass aufgrund der vorangegangenen Anfragen und Diskussionen zu Baumfällungen das Budget für Baumpflege in der bevorstehenden Haushaltsdiskussion erhöht werde.

---

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, regte an, dass die Verwaltung weiterhin bei öffentlichen Veranstaltungen zur OB-Wahl und der/des OB die Sicherheit der Bürger ernst nehme und dementsprechende Maßnahmen treffe.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.07.2012

---

Oliver Paulsen  
Ausschussvorsitzender

---

Dr. Bernd Wiegand  
Beigeordneter

---

Uwe Stäglin  
Beigeordneter

---

René Müller  
Protokollführer